

Politische Kultur(en) in Ostmitteleuropa: Wiederkehr der Geschichte ?

Andreas Pribersky

I.

Bei ihrem Amtsantritt wurde die Bildung der österreichischen Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ im europäischen bzw. EU-Kontext überwiegend als singuläre politische Verbindung einer konservativen mit einer rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei angesehen und aus der Entwicklung des österreichischen politischen Systems nach 1945 zu erklären versucht. Von dieser Perspektive war – und ist zum Großteil immer noch – die österreichische Diskussion ebenso bestimmt (vgl. z. B. Pelinka 2001), wie sie ein Ausgangspunkt der sogenannten »Sanktionen« der »EU 14« als Reaktion auf die Regierungsbildung war. In der öffentlichen Debatte wurde die Singularität dieser Regierungskonstellation inzwischen durch den Wahlsieg des Berlusconi-Bündnisses in Italien relativiert, dessen nunmehrige Akzeptanz (im Gegensatz zur ersten Regierungskoalition desselben Parteienbündnisses) – bei allen Differenzen im Vergleich der rechten Koalitionspartner – auch auf den vorangegangenen, »erfolgreichen« österreichischen Tabubruch europäischer Wertvorstellungen bezüglich einer Regierungsbeteiligung der Rechten zurückgeführt wird; über einen Vergleich der EU-Reaktionen auf die beiden Regierungsbündnisse hinaus und, in Verbindung damit, der jeweiligen Bündnispartner, hat diese politische »Koinzidenz« bisher kaum zu Versuchen einer Rekonstruktion möglicher Parallelen der jeweiligen nationalen Politischen Kulturen geführt.

Noch seltener wird auch jenes Bündnis in diesen Zusammenhang gestellt, das der in Ungarn regierenden, nach eigener Definition nationalliberalen Regierungskoalition auf parlamentarischer Ebene mit den Stimmen der rechtsextremen MIEP (Partei des Ungarischen Lebens und der Ungarischen Gerechtigkeit) die ansonsten knappe Regierungsmehrheit und damit z. B. – unter Ausschaltung der sozialdemokratischen und liberalen Opposition – die Kontrolle der öffentlichen elektronischen Massenmedien sichert (vgl. Bayer 2001, 106). Dieses parlamentarische Bündnis der ungarischen Regierungskoalition ist nicht das einzige Beispiel einer »Einebnung der Schwelle« zwischen konservativen und rechtspopulistischen und/oder -extremen Parteien auf der »anderen« Seite des ehemaligen Eisernen Vorhangs – das Bestehen auf einer schärferen Abgrenzung gegen rechtsextreme Positionen bzw. deren Repräsentanten hat etwa auch zum Ausscheiden der polnischen Liberalen aus der Regierungskoalition mit den konservativen Post-Solidarnosc-Parteien und damit zu vorgezogenen Neuwahlen in diesem Herbst beigetragen. Vergleichbare Abgrenzungsprobleme ließen sich – unter jeweils unter-

schiedlichen Rahmenbedingungen der nationalen Politischen Kulturen – auch in der rumänischen oder der slowakischen Regierungskoalition rekonstruieren und bestimmen in allen angeführten Staaten die Problematik ihrer Positionierung gegenüber nationalistischen Oppositionsparteien mit.

In Ungarn wird darüber hinaus auch die Außenpolitik der nationalliberalen Regierung von einer »Offenheit« gegenüber Bündnissen mit der populistischen und extremen Rechten mit bestimmt. Ungarns Position zu den »Sanktionen« gegen die österreichische Bundesregierung, die unter den sogenannten Reformstaaten Ostmitteleuropas am deutlichsten in einem Gegensatz zu den (zu diesem Zeitpunkt noch) »EU 14« stand, war von dieser innenpolitischen Orientierung der Regierungsmehrheit geprägt und wurde vom amtierenden Ministerpräsidenten, Viktor Orbán, jüngst auf Italien ausgedehnt: Auf dem, kurz vor den italienischen Parlamentswahlen abgehaltenen Parteikongress der stärksten Regierungsfraktion, der Jungdemokraten (Fidesz-MPP) kündigte Orbán an, dass Italien im Fall von EU-Sanktionen gegen eine Regierungsbildung Berlusconis mit derselben Solidarität des Nachbarlandes rechnen könne wie bereits Österreich – in dessen Namen Bundeskanzler Schüssel sich bei dieser Gelegenheit für die ungarische Unterstützung während der Zeit der EU-Sanktionen bedankte. Man kann diese Solidaritätserklärung Orbáns für die übertrieben selbstbewußte Geste des Spitzenpolitikers einer »jungen Demokratie« im beginnenden ungarischen Vorwahlkampf zu den – regulär im Frühjahr 2002 stattfindenden – Parlamentswahlen halten, Orbáns Vorstoß aber auch als Anhaltspunkt für die sich eröffnende Perspektive eines regionalen Bündnisses der zur Zeit in den drei Staaten amtierenden Regierungen verstehen.

II.

Den, nach dem Wegfallen des Eisernen Vorhangs über die ehemaligen Blockgrenzen hinweg sich eröffnenden politischen Beziehungen und Wechselwirkungen werden jedenfalls m. E. in der öffentlichen Diskussion wie in der politischen Analyse noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Die Diskussion der Folgen des Jahres 1989 für die europäische Politik erscheint in der Regel nach wie vor zweigeteilt: Einerseits auf die Entwicklung der ehemaligen Einparteienstaaten, ihre Anpassung an europäische Institutionen und Normen und die Probleme dieses Anpassungsprozesses konzentriert. Andererseits steht im Blick auf die »westlichen« europäischen Institutionen bzw. deren Mitgliedstaaten die Aufnahmebereitschaft gegenüber neuen Mitgliedern im Vordergrund der Überlegungen – wie sie etwa in den regelmäßig in den EU-Ländern durchgeführten Meinungsumfragen zur Erweiterung erhoben wird. Die mit der politischen Neuordnung Europas verbundenen Probleme einer Redefinition der gemeinsamen europäischen Institutionen ebenso wie der nationalstaatlichen Aufgaben werden in dieser Perspektive auf »westlicher« Seite als Interessenkonflikte dargestellt, darüber hinaus aber überwiegend als Probleme der sogenannten Reformländer, die vor allem am Beispiel der Staatsteilungen und -neugründungen sowie am Entstehen eines »neuen« Nationalismus deutlich werden. Krisen der staatlichen Selbstbildkonstruktion als Nachwirkungen des Wegfallens des Eisernen Vorhangs erscheinen so als typische Probleme der »Neuen Demokratien«. Dabei wird übersehen, dass sich mit dem Ende

der Nachkriegszeit den Staaten an beiden Seiten dieser ehemaligen West-Ostgrenze Europas die Frage ihrer Reorientierung im Hinblick auf eine neue politische Bedeutung der West-Ost-Differenzen ebenso wie – vor allem den unmittelbar an dieser Grenze gelegenen, wie Österreich und Italien, oder auch Griechenland – der Neubewertung der Nachbarschafts- und regionalen Beziehungen stellt.

Im Unterschied zur ehemaligen Blockgrenze im europäischen Norden, an der die europäischen Integrationsprozesse – bei aller Problematisierung des Verlusts nationaler Eigenständigkeit – vor allem in Finnland auch als Ende einer marginalen geopolitischen Lage erfahren werden (und im Unterschied zum Deutschen »Sonderfall« aufgrund der Vereinigung), scheint das Wegfallen des Eisernen Vorhangs in Griechenland, Italien und Österreich die nationalen Identitätskonstruktionen unmittelbar in Frage zu stellen und – auf unterschiedliche Weise – einen Diskurs des »Neopatriotismus« (Patriarca 2001) auszulösen. Für Griechenland wird dieser Diskurs etwa auf (zwischen)staatlicher Ebene am langjährigen Streit um den Staatsnamen Mazedoniens und die auf Alexander den Großen zurückgeführte Flaggensymbolik des, aus dem Zerfall Jugoslawiens entstandenen Nachbarlandes deutlich.

III.

Der Problematisierung staatlicher bzw. nationaler Selbstbild- und Rollenkonstruktionen dürfte auch aufgrund ihrer primären Auswirkungen auf der Symbolebene der staatlichen Selbstdarstellung in politischen bzw. politikwissenschaftlichen Analysen und Kommentaren nur ein geringes Augenmerk geschenkt werden. M.E. wird die Bedeutung der symbolischen Repräsentation von Politik, die gerade im Zeitalter ihrer bevorzugten Verbreitung über elektronische Massenmedien den potentiellen Raum kommunizierbarer politischer Inhalte definiert (vgl. Edelman 1990), immer noch weitgehend unterschätzt: Die Verbindung der Erfolge neo-konservativer und rechtspopulistischer Parteien mit einer deutlichen Akzentuierung der von ihnen angebotenen symbolischen Identitätskonstruktionen sollte aber ein größeres Interesse an der symbolischen Ebene der politischen Repräsentation wecken.

In der symbolischen Politik der Regierungsmehrheiten Italiens und Österreichs scheint der Rückgriff in die Archive der nationalen Symbole und Rituale nämlich als Basis der politischen Repräsentations- und Werbestrategien zu dienen:

- In *Italien* ist auf der symbolischen Ebene Berlusconi's Forza Italia selbst der deutlichste Ausdruck eines derartigen Neopatriotismus, deren Parteiname eben keine politische oder ideologische Orientierung bezeichnet, sondern – in direkter Anknüpfung an die Alltagskultur des italienischen Fußball – die Repräsentation der (gesamten) nationalen Identität für sich reklamiert; während nationale Symbole wie die Trikolore bei Forza Italia am deutlichsten ins Zentrum ihrer Repräsentation und Rituale gerückt werden, erscheint der Diskurs des Neopatriotismus – dessen öffentliche »Wiederauferstehung« als Reaktion auf den Zerfall Jugoslawiens und die Erfolge der secessionistischen Lega Nord zu Beginn der neunziger Jahre angesehen werden kann (Patriarca 2001, 23)¹ – am stärksten in der Rhetorik der *Allianza Nazionale* präsent;
- In *Österreich* erscheint dieser neopatriotische Diskurs – wiewohl Splitter davon

sich auch in der politischen Repräsentation der 80er und 90er Jahre finden (etwa im Waldheim-Wahlkampf oder im Gebrauch von Nationalfarben und Symbolen des »Nationalstolzes« – etwa über Landschaftsmotive und historische Bauten – in der politischen Parteienwerbung) – zunächst als unmittelbare Reaktion auf die »Sanktionen« mit der Bildung der amtierenden Bundesregierung verbunden: die gegen die Sanktionen bemühte Rhetorik des »nationalen Schulterschlusses« bedarf aufgrund der zahlreichen, dazu publizierten Analysen hier wohl keiner weiteren Erörterung, und die »Weckung« »nationalistischer Gefühle« als Reaktion darauf wurde als eine Begründung für deren Aufhebung selbst im Weisenbericht angesprochen (vgl. Pelinka 2001, 63). Die Fortführung dieses neopatriotischen Diskurses, auch nach dem Ende der Sanktionen, kommt etwa auch in der, aus der Selbstpräsentation seiner Haltung gegenüber den »EU 14« entwickelten Image-Konstruktion des amtierenden Bundeskanzlers als »standhaft« und »gelassen« zum Ausdruck (vgl. etwa das Kanzler-Porträt im Profil Nr. 30/ 2001, 26/7), mit der Wolfgang Schüssel rhetorische Anleihen bei Leopold Figl, einem der Gründerväter der 2. Republik nimmt. Letzterer hatte mit diesen beiden Adjektiven in der Rundfunkrede nach der feierlichen Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 den Erfolg der österreichischen Verhandlungsstrategie erklärt (Dokumentation zur Zeitgeschichte 1975, 475). Die Anleihe bei Figls Gründungsrhetorik soll in Schüssels Image-Konzept das Schlagwort des »Neuen Regierens« mit aus dem politischen Gedächtnis Vertrautem zum Eindruck einer Neugründung der Republik verbinden: einem Bild, das – in Umkehr der öffentlichen Wahrnehmung des Regierungsantritts als, von einem in der 2. Republik bis dahin unbekanntem Ausmaß an Ablehnung und Protest begleitet – in der Selbstrepräsentation der Regierung insgesamt zur Konstruktion ihrer Legitimität eingesetzt wird.

Vom Versuch einer Repräsentation politischer Legitimität durch den Rückgriff auf (traditionelle) nationale Symbole erscheinen auch die politischen Kultur(en) »Neuer Demokratien« in vielfacher Hinsicht geprägt: Das bekannteste Beispiel der jüngsten Zeit dafür ist sicher die Imagekonstruktion des, mit absoluter Mehrheit neugewählten bulgarischen Ministerpräsidenten Koburgotzki über seine Vergangenheit als letzter bulgarischer König vor Errichtung des Einparteienstaates. Auch die amtierende *ungarische Regierung* versucht mit Rückgriffen ins Archiv der nationalen Geschichte ihren Anspruch auf die Repräsentation der Nation als Ganzes zu untermauern:

- Als ein Beispiel auf der Ebene der symbolischen Politik sei hier zunächst auf die Übernahme der Stephanskronen als Symbol tausendjähriger Staatlichkeit in die aktuelle Repräsentation des ungarischen Staates verwiesen, die mit deren – damals umstrittener – Übernahme in das offizielle Staatswappen der 1990 begründeten, demokratischen 3. Republik begonnen wurde. Die amtierende Regierungskoalition hat einen »Staatskult« um die Krone in Szene gesetzt, der von deren Transferierung vom Nationalmuseum ins Parlament als neuen Ausstellungsort über eine Reihe von Zeremonien mit der Krone aus Anlass des Staatsmillenniums bis zur Gründung eines repräsentativen Gremiums von sogenannten Kronwächtern aus den Spitzenrepräsentanten des Staates reicht; der ursprüngliche Plan der Koalition, diesen Kronwächterrat und die Stephanskro-

ne als ein Legalität begründendes Organ in die Verfassung aufzunehmen, scheiterte nur aufgrund der fehlenden Verfassungsmehrheit am republikanischen Selbstverständnis der sozialliberalen Oppositionsparteien. Der »neopatriotische« Diskurs der amtierenden ungarischen Regierungskoalition ist vor allem durch derartige Rückgriffe auf die ungarische Geschichte zur unmittelbaren Legitimation der aktuellen Politik und ihrer Repräsentanten charakterisiert.

IV.

Dieser flüchtige Blick auf die politische Symbolik der rechtskonservativen Regierungsböcke in den (nunmehr) drei Nachbarstaaten verweist aber nicht nur auf m. E. bemerkenswerte Parallelen der Selbstdarstellung, sondern vor allem auch auf ein gemeinsames Politikverständnis, das sich von konservativer Politik im »Westen« Europas am deutlichsten eben durch die fehlende Abgrenzung von der extremen Rechten unterscheidet.

Eine der Grundlagen für die »Offenheit« der drei rechtskonservativen Regierungsböcke gegenüber den daran beteiligten Parteien und Positionen der populistischen bzw. extremen Rechten dürfte in deren Selbstverständnis als bzw. Anspruch auf eine Repräsentation der gesamten Nation zu suchen sein, den sie auch in ihrer symbolischen Selbstdarstellung zum Ausdruck bringen. Dieser Anspruch, den in Ungarn u. a. die Stephanskronen verkörpern soll, kommt auch in der Übernahme von Ritualen wie den Reden an die Nation (Schüssel und Orbán) und der (Re)konstruktion bzw. Nutzung historischer Gedächtnisorte zur politischen Repräsentation zum Ausdruck. Einer derartigen Image-Konstruktion der Spitzenpolitiker diene in Österreich etwa Schüssels Wechsel ins Metternich-Zimmer als Kanzlerbüro oder Orbáns aufwendige Rekonstruktion eines historisierenden Ministerpräsidentenbüros aus Kopien und Versatzstücken der Arbeitsräume bedeutender Politiker aus der ungarischen Geschichte. Auch Berlusconi knüpft in seiner medialen (Selbst)darstellung als »Commandatore« an metaphorische Bilder italienischer Renaissanceherrscher an – die zumindest in den Massenmedien zur Beschreibung seines Lebens und politischen Stils Verwendung finden. Ihre langfristigen politischen Konzepte und Ziele (wie etwa das sogenannte Nulldefizit) verkündet die österreichische Bundesregierung in Großveranstaltungen in der Hofburg – auch Schauplatz von Schüssels Rede an die Nation seit seinem Amtsantritt als Bundeskanzler² – deren Kulisse ebenso zur Unterstreichung des nationalen Anliegens dienen soll, wie die Verwendung der Namen großer historischer Politikergestalten zur Bezeichnung der politischen Langzeitprogramme der ungarischen Regierung, etwa des sogenannten Széchenyi-Plans zur Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur.

Das diesen Repräsentationsformen zugrundeliegende Politikverständnis als Verwirklichung gesamtstaatlicher, nationaler Anliegen ist zugleich eine der Rechtfertigungen für die Öffnung der Regierungsgewalt zur Rechten: einerseits über den Anspruch auf die »Integration« aller politischen Kräfte zur Verwirklichung nationaler Anliegen, andererseits in Übernahme eines traditionellen rechten Politikbegriffs, der seine politischen Ziele als Repräsentation *der* Interessen und Anliegen der Nation – bzw. in der erneuerten, populistischen Fassung – ihrer (wie immer jeweils definierten, im Sinne von abgegrenzten) »Bevölkerung« verstanden hat

bzw. versteht. Der in Österreich von der Bundesregierung gegen die »Sanktionen« – unter dem zeitweiligen Versuch von Strafandrohungen für »Abtrünnige« – geforderte »Schulterschluss« war so gesehen nicht bloß deren Resultat, sondern erscheint als wesentlicher Bestandteil neopatriotischer Politik: Auch in Ungarns Ministerpräsidentenamt werden Listen jener Journalisten und Intellektuellen angelegt, die dem »Image des Landes im Ausland« durch kritische Äußerungen »schaden«, und Berlusconi hat gar versprochen, Italien zu »retten« – die Ausrufung eines permanenten Notstands wird also zur Rechtfertigung der Abwertung jeder oppositionellen Kritik, die nicht auf diesen gesamtnationalen Diskurs rekurriert. Eben jener Notstand der Nation ist es aber, von dem die Rechte nicht nur herkömmlicherweise die Legitimität ihrer Politik abzuleiten versucht, sondern der in ihrer populistischen Erscheinungsform Volk und Nation verbindet: der Konstruktion der bedrohten Nation entspricht die eines – vor allem durch »volksfremde« Ausländer, Immigranten, etc. – bedrohten Volkes, das in einem gleichsam organisistischen Diskurs (der in der Metapher des bedrohten Volkskörpers seine metaphorische Entsprechung findet) erst aus dieser Bedrohung seine Konstitution als Nation erfährt. Der Versuch, *einen* Begriff von »Nation« und »Bevölkerung« (wieder)herzustellen, wie ihn die nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts in Zentraleuropa entworfen hatten, kann als eine der Charakteristika des europäischen Rechtspopulismus angesehen werden (vgl. Mény/Surel 2000, 204ff).

Im Zentrum dieses rechtskonservativen Politikverständnisses steht deshalb die Medienpolitik, d. h. eine Kontrolle vor allem der elektronischen Massenmedien im beanspruchten nationalen Interesse – als Grundlage sowohl einer Darstellung der Bedrohung wie als Plattform eines, als Antwort darauf verstandenen, nationalen »Wir«. Hier werden Berlusconi zu Recht die besten Voraussetzungen zugeschrieben – wie schon der Einsatz seiner privaten Fernsehkanäle im Wahlkampf gezeigt hat – während sich ungarische und österreichische Regierung unter unterschiedlichen Ausgangsbedingungen mit einer Vergrößerung ihres Einflusses auf den öffentlichen Rundfunk »abmühen«: vielleicht hat das Ergebnis der politischen Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Ungarn durch die Orbán-Regierung – der Wechsel der Zuschermehrheit zu den privaten TV-Stationen und die Schwierigkeiten, auf diese denselben Einfluss auszuüben – die österreichische Regierung bisher von einer Aufgabe der Sicherung einer dominierenden Position des ORF abgehalten? In beiden Staaten wird jedenfalls zur Zeit ein Vorschlag zur Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen für Journalisten bzw. Medien diskutiert.

V.

Als Basis betrachtet dieses Politikverständnis – das sich nicht mehr als Ausgleich unterschiedlicher Interessen, sondern als Repräsentation eines Gesamtinteresses ansieht – einen Bürgerbegriff, der nicht bloß die »Fremden« ausschließt, sondern auch zwischen den Staatsbürgern eine Differenz zu setzen versucht: »Bürger« im vollen Sinn sind nur mehr jene, die an den Reformprogrammen zur Beseitigung der jeweiligen »Notstände« teilnehmen – was auch einen rücksichtsloseren Gebrauch der politischen Mehrheiten dieser »Bürger« gegenüber den übrigen Staatsbürgern rechtfertigen soll. Einen derart eingeschränkten Bürgerbegriff benutzt vor

allem die stärkste Fraktion der ungarischen Regierungskoalition, FIDESZ, die ihren Parteinamen auch auf Magyar Polgári Part (Ungarische Bürger-Partei) erweiterte und den Bürger-Begriff in ihrem erfolgreichen Wahlkampf 1998 als Kampfbegriff gegen die – als Repräsentanten des antiindividualistischen, alten Einparteienstaats dargestellten – Sozialdemokraten eingesetzt hat. Ein Phänomen, das in der Darstellung aller drei rechtskonservativen Blöcke auch immer wieder als Arroganz ihrer Spitzenrepräsentanten vom öffentlichen Diskurs reflektiert wird, die an die traditionellen Bilder des sogenannten »Bürgerstolzes« erinnern.

Diese »Bürger« nehmen auch in ihrem Lebensalltag ihr Schicksal selbst in Hand: In dieser Vorstellung findet sich eine Grundlage des gemeinsamen Anliegens einer Privatisierung der Sozialpolitik und einer Forcierung der Familienpolitik als Ersatz für Sozialpolitik – und schließt damit letztlich alle, die aus sozialen oder anderen Gründen dazu nicht fähig sind, vom Bürgerbegriff aus.

Derartige Ausschlussmechanismen, wie sie in den politischen Programmen und Zielen der rechtskonservativen Regierungskoalitionen zu finden sind, sollen jedoch vom Appell an einen übergreifenden Konsens, der bereits in den Begriffen selbst mitformuliert ist, verdeckt werden.

VI.

Der Schatten des Eisernen Vorhangs hat an seiner westlichen Seite einen spezifischen, konsensualen Typ europäischer Nachkriegsdemokratie – den Neokorporatismus – hervorgebracht, in dem Gegensätze nicht im öffentlichen Wettbewerb der Parteien, sondern clandestin innerhalb dieser und ihrer Vermengung mit den staatlichen Strukturen ausgetragen wurden und der u.a. für das politische Nachkriegssystem Italiens oder Österreichs als charakteristisch gilt. Mit einer vergleichbaren Beschreibung wird auch das späte Kádárregime in Ungarn – freilich als Integration von Interessengegensätzen in eine, mit dem Staat identifizierte Partei – charakterisiert und im Verhältnis zur Ideologie des sozialistischen Einparteienstaats mitunter sogar als vergleichsweise »liberales« politisches System bezeichnet – was etwa Meinungsfreiheit und para-zivilgesellschaftliche Organisationsformen betrifft (Vajda 1989, 27f).

Im Gegensatz zur üblichen, west-östlichen Perspektive der politischen Diskussion und Analyse könnte man deshalb eine Umkehr der Blickrichtung versuchen. Geht man dabei von vorliegenden Strukturanalysen der Durchsetzung der Einparteienstaaten im (Süd)Osten Europas nach 1945 innerhalb der traditionellen, paternalistischen Machtstrukturen dieser Staaten aus, so bedeutet das, dass diese traditionellen Machtstrukturen auch die Jahrzehnte »im Schatten« des Eisernen Vorhangs relativ unbeschadet überstanden haben bzw. als Fortsetzung dieser traditionellen Strukturen anzusehen sind. Bereits Zbigniew Brzezinski hatte Ende der sechziger Jahre in seiner Analyse des »Sowjetblocks« (Brzezinski 1974⁵) auf derartige Besonderheiten des nach 1945 in Osteuropa durchgesetzten politischen Systems der Einparteienstaaten aufmerksam gemacht und deren strukturelle Differenzen zur Sowjetunion (und anderen sozialistischen Staaten) rekonstruiert: Brzezinski beschreibt die Durchsetzung der »Sowjetmacht« in Ostmitteleuropa – im Unterschied zum postrevolutionären institutionellen Wandel in der Sowjetunion – vor allem als Resultat einer Kaderpolitik der kommunistischen Parteien

im Rahmen bestehender Institutionen und Hierarchien (ebda, 84ff). Im Rückblick auf das untergehende »sowjetische Imperium« im europäischen Osten hat deshalb der ungarische Philosoph Mihály Vajda bereits 1989 auf die Möglichkeit eines Wiedererstehens von – in den 40 Jahren der Einparteiherrschaft bewahrten, sozusagen »eingefrorenen« – traditionellen Machtstrukturen hingewiesen, als deren zentrales Merkmal in Mitteleuropa ein paternalistisches Politikverständnis gilt (Vajda 1989, 134ff). Auch die Rechtfertigung dieses paternalistischen Politikverständnisses über nationale Interessen findet sich bereits im propagandistischen Inventar der Staatspartei und war ein Element einer »Pluralisierung« innerhalb des sogenannten »Ostblocks«, auf dem die westliche Detente-Politik der siebziger Jahre aufbaute (Brzezinski 1974, 507ff), und das ein relativ »liberales« System wie den Kadarismus in Ungarn ebenso ermöglichte wie rechtfertigte.

An dieses Politikverständnis – mit dem, wie auch Umfragen belegen, in den rückblickenden Assoziationen weithin (soziale) Sicherheit und relativer Wohlstand verbunden werden (etwa mit der Ära Kreisky in Österreich ebenso wie mit der Kádár-Ära in Ungarn) – scheinen alle drei rechtskonservativen Blöcke anzuknüpfen, und verprechen mit ihrer Nationssymbolik und deren historisierender bzw. populärkultureller (Berlusconi) Darstellung, dass auch die aktuellen ökonomischen und sozialen Modernisierungsprozesse innerhalb dieser traditionellen Strukturen nationalen Konsenses und seiner politischen Repräsentation in einem »pater patriae« bewältigt werden könnten; dass dieses Politikverständnis von der ungarischen Regierungskoalition vielleicht am deutlichsten und weitgehendsten mit traditionellen Symbolen verbunden wird, mag an der Wiederentdeckung 40 Jahre lang tabuisierter Geschichtsdeutungen liegen. Zugleich lässt es die ungarische Regierung gleichsam als »Avantgarde« des Neokonservatismus erscheinen und rechtfertigt den Blickwechsel von Osten nach Westen.

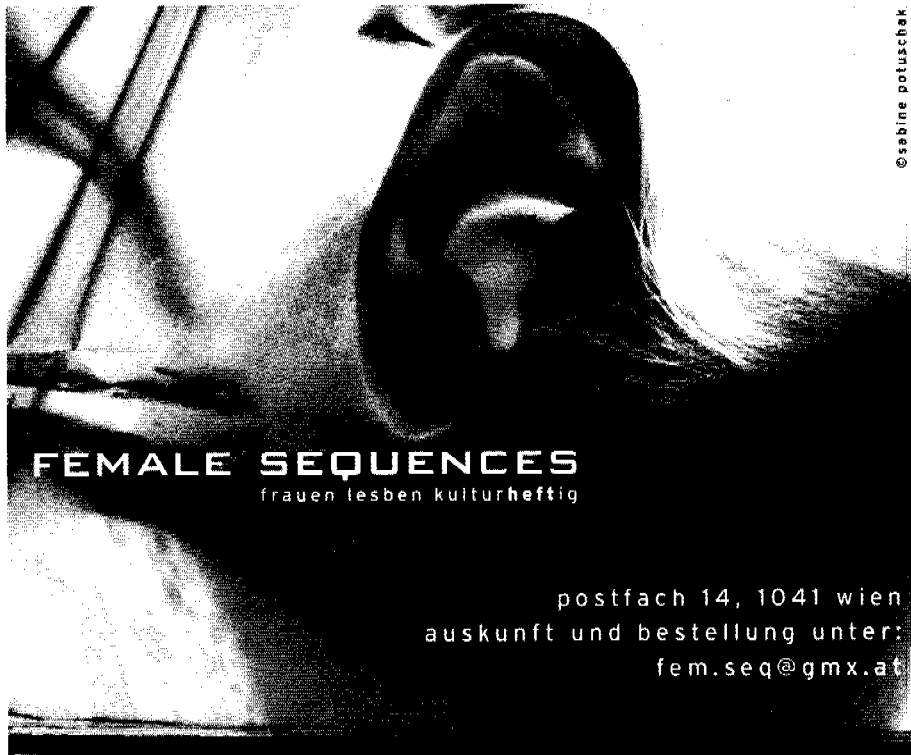
Mit dieser ost-westlichen Perspektive, die Ansätze eines – ehemalige Blockgrenzen Europas übergreifenden – neokonservativen Politikverständnisses zu rekonstruieren versucht, sollen jedoch keineswegs spezifische, einzigartige Aspekte von politischer Kultur und Zeitgeschichte der einzelnen Staaten verwischt werden – wie sie Pelinka (2001) für die FPÖ und Österreich im Zusammenhang mit der Beteiligung am und Mitverantwortung für den Holocaust zurecht hervorhebt. Im kollektiven Gedächtnis der politischen Kulturen finden sich offenbar jedoch auch darüber – auch im zeitlichen Sinn einer längeren Dauer – hinausgehende Muster archiviert, die durch das Wegfallen der bipolaren Logik der europäischen Nachkriegspolitik wieder in den Vordergrund treten – etwa in Analogie zu einer Bibliothek oder einem Archiv vorstellbar, in denen ein Verräumen der vordersten Buch- oder Faszikelreihe den Blick auf die dahinterstehende freigibt. In diesem Sinne meint die Frage nach einer Rückkehr der Geschichte auch nicht deren Wiederholung, sondern etwa eine Erweiterung des öffentlich zugänglichen »Speicher-raumes«.

Anmerkungen

- 1 Das Zusammengehen der Auslöser des italienischen Neopatriotismus, der Lega, mit der Alianza Nazionale – dem prononciertesten Vertreter dieser Gesamtstaatsideologie, in der Berlusconi-Koalition, aufgrund der beide verbindenden rechtspopulistischen Themen, wie ihrer Anti-Ausländerpolitik, wird zweifellos, wie in vielen Kommentaren bereits festgestellt, zu einer Zerreißprobe um die Frage des politischen Systems zwischen Föderalismus und Zentralstaat führen.
- 2 Als Vizekanzler der großen Koalition und Parteiobmann war das Palais Belvedere Schauplatz dieser Reden.

Literatur

- Bayer, József: Rechtspopulistische Tendenzen: Gründe und Lösungen aus ungarischer Sicht. In: Karlhofer, Ferdinand et al. (Hg.): Anlassfall Österreich. Sonderband der ÖZP. Baden-Baden 2001. 101-107.
- Brzezinski, Zbigniew: The Soviet Bloc. Unity and Conflict. Harvard 1974.
- Dokumentation zur Zeitgeschichte 1945-1955. Wien 1975.
- Edelman, Murray: Politik als Ritual. Frankfurt M. 1990.
- Mény, Yves/ Surel, Yves: Par le peuple, pour le peuple. Paris 2000.
- Patriarca, Silvana: Italian Neopatriotism: debating national identity in the 1990s. In: Modern Italy 6/1/ May 2001, 21-34.
- Pelinka, Anton: Sonderfall FPÖ – Sonderfall Österreich. In: Karlhofer, Ferdinand et al. (Hg.): Anlassfall Österreich. Sonderband der ÖZP. Baden-Baden 2001. 61-67.
- Vajda, Mihály: Orosz Szocializmus Közép-Európában. Budapest 1989.



©sabine potuschek

FEMALE SEQUENCES
frauen lesben kulturheftig

postfach 14, 1041 wien
auskunft und bestellung unter:
fem.seq@gmx.at